

Wahnruf

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN
Nr. 14 Oktober 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90.

Zum Attentat auf Dollfuß

Der ehemalige Geheime des Bundesheeres und vormalige christlichsoziale Parteigänger und Angestellter des christlichsozial orientierten Zentralverbandes der Hausbesitzer (Moißlverband), verübte am 3. Oktober ein Revolverattentat auf den Bundeskanzler Dollfuß.

Der Kanzler kam mit zwei leichten Verletzungen davon; der Attentäter wurde sofort verhaftet und einem Verhör unterzogen. Dabei gab er an, politisch indifferent zu sein und das Attentat mit Absicht ausgeführt zu haben. Nachforschungen ergaben sofort, daß der Attentäter ein alter Antimarkist ist und zuletzt als ein prononzierter Nazi bekannt war. Aus diesem Grunde dürfte auch sein Abschied vom Bundesheer zu erklären sein. Seine ganze Familie, er stammt aus einem wohlhabenden Hause, macht aus ihrer Nazigesinnung kein Hehl.

Obleich dieser Sachverhalt sofort klar zu Tage lag, verstieg sich das christlichsoziale »Neuigkeits-Weitblatt« zu der unverschämten Lüge, der Attentäter Detail habe bei seiner ersten Einvernahme erklärt, er sei Mitglied des sozialdemokratischen Wehrverbandes gewesen.

Demnach kann man sich eine Vorstellung machen, welche Wirkung ein solches Attentat, wirklich ausgeführt von einem Wirkkopf aus der Arbeiterbewegung, gehabt hätte.

Hunderte der Besten aus der Arbeiterbewegung mußten die wirklichen und bestellten Attentate auf Mussolini mit ihrem Leben oder Kerker bezahlen. Die Arbeiterschaft hat kein wie immer geartetes Interesse an Attentaten gegen ihre politischen Gegner; sie lehnt den individuellen Terror grundsätzlich ab. Der individuelle Terror ist die typische Kampfmethod des Kleinbürgertum. Sei es revolutionär, wie unter dem Zarismus in Rußland (Narodniki und Sozialrevolutionäre) oder konterrevolutionär, wie gegenwärtig in Deutschland und Oesterreich (Nazi).

Der Marxismus ist in Rußland groß geworden im Kampfe gegen die kleinbürgerlichen Kampfmethoden. Die sozialistische Arbeiterklasse verfügt über ganz andere Kampfmittel, sie kämpft nicht gegen Personen, sondern gegen eine Gesellschaftsordnung. Das Kleinbürgertum, befangen in der Vorstellung, daß die Führer die Geschichte machen, ist diesen blind ergeben oder ergriffen gegen sie, wenn er sich enttäuscht fühlt, zum Revolver, zu Bomben.

Hineingestreckt zwischen den zwei großen Klassenfaktoren der bürgerlichen Gesellschaft — Kapital und Proletariat — fehlt dem Kleinbürgertum jeder klassenmäßige Einfluß auf den Produktionsapparat. Es wird erst zur Kraft im Bündnis mit dem Kapital oder dem Proletariat. Der Nazifaschismus, die Rebellion des konterrevolutionären Kleinbürgertums, zerstäubt und sucht in Attentaten ein Ventil, sobald er nicht den organisierten Schutz der Staatsgewalt hinter sich — sondern gegen sich hat.

Das Attentat auf Dollfuß ist — als Tat eines einzelnen oder als organisierte Aktion mehrerer — nur ein Kettenglied in der anarchischen Kampfmethod der rabiaten, von der Phrasologie des Faschismus bis ins Nürrische verblendeten Kleinbürger, die auf Hitler schwören.

Diese entmenschte Bestie ist in Deutschland, aufgezogen bis zum Wahn durch den provozierten Reichstagsbrand, auf die deutsche Arbeiterklasse losgelassen worden. Hüten wir uns vor Provokateuren, behüten wir das Proletariat vor solchen Kampfmethoden.

Das klassenbewußte Proletariat verurteilt dieses Attentat, es wird in alter Zukunft solche Methoden ablehnen. Seine Waffen sind der organisierte Massenkampf gegen den Kapitalismus als eine gesellschaftliche Ordnung, die auf den Besitz von Produktionsmitteln und die Ausbeutung von Lohnarbeit beruht.

Oesterreich im Brennpunkt der Imperialist. Konflikte

Noch liegen keine genauen Informationen über das Abkommen vor, das auf der Konferenz in Riccione zwischen dem italienischen Faschismus und der österreichischen Reaktion abgeschlossen wurde. Jedenfalls hat Mussolini Oesterreich eine Freizone in Triest und die Unterstützung der österreichischen Ansprüche auf eine Vergrößerung seiner Armees zugesichert. Die italienische Außenpolitik versucht so Oesterreich wirtschaftlich und politisch an Italien zu fesseln. Gleichzeitig fördert Italien die wirtschaftliche und politische Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn. Der kleinen Entente unter Frankreichs Führung soll der österreichisch-ungarische Block unter der Hegemonie Italiens entgegentreten.

Das Abkommen von Riccione ist zweifellos ein Erfolg des italienischen Imperialismus, der die Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland um Oesterreich benützte, um sich als dritte Kraft dazwischenschalten. Durchaus zweifelhaft aber ist die Dauerhaftigkeit dieses Erfolges. Der deutsche Faschismus denkt nicht im Traum daran, den Kampf um Oesterreich aufzugeben. Er setzt seine Terroroffensive innerhalb Oesterreichs und den Druck auf Oesterreich fort. Gerade die Rivalität mit Italien in der österreichischen Frage bestärkt den deutschen Faschismus in der Fortsetzung seiner Methoden im Kampf um Oesterreich. Ursprünglich glaubte Hitler, Oesterreich einfach überrennen zu können und den Anschluß als vollendete Tatsache den Versailler Mächten zu präsentieren. Der energische Widerstand des französischen Imperialismus zeigte ihm die Gefährlichkeit einer solchen Politik. Die Taktik des Ueberrennens machte der Zermürbungsstrategie Platz. Das Ziel Hitlers ist, Oesterreich für den deutschen Faschismus zu erobern; erreichen will er dieses Ziel durch den Aufstand seiner Anhänger oder durch einen Staatsstreich nach dem Muster des 28. Februar in Deutschland, wenn es seiner Zermürbungstaktik gelingen sollte, die österreichische Reaktion zu einer Koalition vom Typus des Blocks Hugenberg-Hitler zu zwingen. Der siegreiche Faschismus würde formell Oesterreich nicht an Deutschland anschließen, um einen offenen Konflikt, sowohl mit Frankreich wie auch mit Italien zu vermeiden. Faktisch aber würde

Hitlers Sieg in Oesterreich die Fortsetzung jener Politik bedeuten, die unter Curtius 1931 gescheitert ist: die deutsch-österreichische Zollunion als Brücke für das Vordringen des deutschen Imperialismus auf dem Balkan. Damals antwortete Frankreich mit der Zurückziehung seiner Kapitalien aus Oesterreich, die zum Zusammenbruch der Kreditanstalt führten. Am 13. Juli 1931 bezahlte das deutsche Finanzkapital mit dem Zusammenbruch seines gesamten Bankensystems, der durch den Sturz der Kreditanstalt ausgelöst wurde, seine imperialistischen Pläne mit der deutsch-österreichischen Zollunion.

Wird der mächtige französische Imperialismus ruhig zusehen, wie Deutschland und Italien sich darüber verständigen, wessen Anhänger Oesterreich werden soll? Die Erfahrungen von 1931 und die Sprache der kleinen Entente zeigen deutlich, daß der französische Imperialismus sich auf einen entscheidenden Kampf vorbereitet. Die österreichische Frage rollt für Frankreich das gesamte Machtproblem in Zentraleuropa auf. Ein definitiv deutsch oder italienisch orientiertes Oesterreich bedeutet eine tödliche Drohung gegen den Bestand der kleinen Entente. Frankreich ist entschlossen, einen solchen Schlag nicht ruhig hinzunehmen. Oesterreich wird auf diese Weise zur Achse, um die sich der imperialistische Kampf um die Beherrschung des kontinentalen Europas dreht. Alle beteiligten Mächte sind sich darüber im Klaren, daß der Kampf um Oesterreich unmittelbar in einen neuen imperialistischen Weltkrieg umschlagen kann und sie bereiten sich darauf vor. Im Weltmaßstab bildet der Kampf um Oesterreich nur ein untergeordnetes Teilproblem im Prozeß der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zwischen England-Amerika, bzw. zwischen der in Lausanne 1922 neu gebildeten und auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz befestigten englisch-französischen Entente und dem USA-Imperialismus. So war es aber auch 1914. Der serbisch-österreichische Konflikt löste den weltpolitischen Machtkampf zwischen Deutschland und England aus. Es scheint das Schicksal Oesterreichs zu sein, die Lawinen in Bewegung zu setzen, deren furchtbare Verheerungen das Proletariat bereits in den Jahren 1914—18 zur Genüge kennen gelernt hat.

INTERNATIONALES

Rußland

Fall Nikolai Skrypnik.

Der stellvertretende Vorsitzende im Rat der Volkskommissäre der Sowjetukraine hat am 7. Juli Selbstmord begangen. Nach der Meldung der offiziellen Telegraphenagentur »Tass« ist Skrypnik zum Instrument bürgerlich-nationalistischer Elemente geworden und da ihm der Mut fehlte, seine Fehler bolschewistisch zu überwinden, griff er zum Selbstmord. Soweit die offizielle Information. Hinter diesen nichtsagenden Verlautbarungen verbirgt sich zweifellos eine menschliche Tragödie, deren Hintergrund die stalinische Politik bildet. N. Skrypnik ist ein alter Bolschewik, er gehörte zur alten heimischen Garde. Er bekleidete nicht nur in der Partei und in der Regierung die höchsten Posten, sondern er gehörte auch dem Ekki an. Im Verlauf der Parteikrise, die in der Ukraine besonders heftige Formen annahm, stand Skrypnik im schärfsten Kampf gegen den marxistischen Flügel der Partei, geführt von Rakovsky.

In den letzten Jahren und vor allem in der letzten Zeit hat die allgemeine Krise der proletarischen Diktatur in der Ukraine besonders heftige Formen angenommen. Das stas ukrainische Mittelbanernum hat der Kollektivisierungspolitik Stalins besonders heftigen Widerstand entgegenzusetzen und versucht planmäßig, die Kolchosen in ein Instrument des organisierten Widerstandes gegen die staatliche Agrarpolitik zu verwandeln. Parallel mit dieser Entwicklung im ukrainischen Dorf entwickelt sich die Entartung der zahlenmäßig starken kleinbürgerlichen Intelligenz. Nationalistische Stimmungen, gefördert von der allgemeinen Parteidogme des Sozialismus in einem Lande, scharf antisemitische Strömungen insbesondere im Kosomol und unter der studierenden Jugend sind für die gegenwärtige Situation in der Ukraine charakteristisch.

Die Stalinsche Fraktion fördert durch ihre Maßnahmen diese reaktionäre Entwicklung. Die Beschränkung der Nationalitätenrechte und der Uebergang zu ausgesprochenen Russi-

fizierungsmaßnahmen im staatlichen Apparat hat den Widerstand der ukrainischen Elemente verstärkt.

In diesem Kampf ist Skrypnik auf der Strecke geblieben. Einerseits gehörte er zum engsten Kreis der Stalinschen Fraktion, andererseits stand er an der Spitze des ukrainischen Staatsapparates. Stalin trieb ihn vorwärts, die ukrainischen Elemente trafen ihm gegen Stalin. Der Weg Stalins treibt die Ukraine sozial in verschärfte Agrarkonflikte, politisch in Nationalitätenkämpfe, der Kurs der ukrainischen Nationalisten treibt die Ukraine auf den Weg der Konterrevolution und des Separatismus.

Der 3. Weg, der Weg des revolutionären Marxismus, der Leninschen Agrar- und Nationalitätenpolitik, war Nikolai Skrypnik versperrt. Zehn Jahre lang hatte er diese Politik im Kampf gegen Rakovsky bekämpft; am Ende dieser zehn Jahre sah Skrypnik keinen anderen Ausweg als den Revolver.

Deutschland

Auflösung und Zersetzung der deutschen Sozialdemokratie (Brief aus Berlin)

Mit der Verhaftung der Führer des »legalistischen« Flügels der deutschen Sozialdemokratie, jener Führer, die am 17. Mai Herrn Hitler die Tolerierung der SPD angeboten haben, ist der Auflösungsprozeß der SPD in ein entscheidendes Stadium getreten.

Vergeblich versucht die 2. Internationale unter dem Hinweis auf die Ermordung Stellings, den das Schicksal Mattheotis erreichte, das Ansehen der letzten Reste der SPD zu retten. Im Ausland mögen sich vielleicht Arbeiter finden, die sich noch eine zeitlang täuschen lassen und glauben, daß die SPD als illegale Partei weiterlebt. Bereits die nahe Zukunft wird zeigen, daß die alte Sozialdemokratie tot ist und verwest.

Die Prager Auslandsvertretung mit Wels, Scheidemann, Stampfer usw. ist kein ausländisches Zentrum der illegalen deutschen Sozialdemokratie, sondern eine Gruppe ehemaliger

Spendet Preßfonds!

Führer und Literaten der SPD, die rechtzeitig den Folgen der Katastrophe entwichen sind, für die sie die volle Verantwortung tragen. In den Augen der deutschen Arbeiterklasse bis tief in die Reihen der einstigen Sozialdemokratie sind die Prager Emigranten etwas ganz anderes als die politischen Funktionäre der revolutionären Bewegung, die bis zuletzt den Kampf gegen Hitler führten und Deutschland verließen, als der siegreiche Faschismus sich mit ganzer Wucht auf die geschlagene revolutionäre Bewegung stürzte.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie haben ohne einen Augenblick zu schwanken, mit allen ihren Kräften die deutsche Arbeiterklasse zur kampflosen Kapitulation vor Hitler veranlaßt, sie haben alle ihre Kraft darauf konzentriert, diese Kapitulation zu erzwingen. Ihre Politik hat sich als siegreich erwiesen. Es gelang ihnen tatsächlich — infolge schwerer Fehler der revolutionären Flügel der deutschen Arbeiterklasse — die Kapitulation der deutschen Arbeiter herbeizuführen. Nachdem sie so die Arbeiterbewegung dem Faschismus ans Messer geliefert hatten, erkannte ein Teil (Weis, Scheidemann), daß der faschistische Sieger keine Dankbarkeit kennt und sie trotz ihrer entscheidenden Verdienste verfolgen wird. Als die deutschen Arbeiter von den Bluthunden des Faschismus gebetrt wurden, bestiegen die großen Führer der deutschen SPD den Schnellzug nach Prag.

Dies erklärt auch, wieso es möglich war, daß jener Flügel der SPD, der bis zum letzten Augenblick Hitler Tolerierung anbot (Löbe, Künstler), bis zu seiner Verhaftung die verlassene SPD-Organisation führen konnte. Den SPD-Arbeitern erschien die Politik der Weis, Scheidemann, Vogel & Co., zuerst zu kapitulieren und dann sich selbst den Folgen dieser Politik zu entziehen, als die schimpflichste Form des Verrats. Die Prager Emigranten sind im Bewußtsein der deutschen Arbeiter nicht Emigranten aus dem faschistischen Deutschland, sondern Emigranten aus der Arbeiterbewegung, selbst aus ihrem demokratischen Teil.

Die Verhaftung Löbes und seiner Freunde, die sich bis zum letzten Augenblick der Hoffnung hingaben, daß sie »Sozialfaschisten« werden können, hat das Ende der deutschen Sozialdemokratie eingeleitet. Die konterrevolutionäre, illusionäre Politik der Löbe & Co. hat zur Selbstvernichtung dieser Gruppe, hinter der der Parteiapparat der SPD stand, geführt. Die Prager Emigranten haben sich selbst gerichtet.

Zurück bleibt ein ungeheures, unermessliches großes Trümmerfeld, die SPD-Organisationen und die mit ihr verbundenen Arbeiter- und Kulturorganisationen. Ohne Führung, ohne Perspektive, im furchtbaren Feuer des faschistischen Terrors vollzieht sich die Auflösung und Zersetzung dieser einst gewaltigen Organisationen. Ein großer Teil der Oberschichten der SPD, der »Intelligenz«, läuft zum Klassenfeind über. Ein Teil des Parteiapparates wurde verhaftet, eingekerkert; er verschwindet in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, aber an seine Stelle tritt kein neuer, illegaler Apparat, wie bei den Kommunisten.

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft zieht sich verzweifelt und eingeschüchtern in die Indifferenz zurück. Manche flüchten noch von der Notwendigkeit des »Abwartens«, die meisten verzichten sogar auf diese Anrede.

Was zurückbleibt ist der proletarische Klassenbewußte Kern der alten Partei und ein relativ großer Teil der Jugend in der Partei, der SAJ, der Sportorganisation und des Reichsbanners. In diesem Kern, der kein Zentrum besitzt, keine zentrale Führung und keine Plattform, vollzieht sich jetzt ein tiefgehender Differenzierungsprozeß. Teile gehen — trotz großer Bedenken — zur KPD über, zahlreicher sind jene, die die illegale Arbeit der KPD fördern, ohne direkt in die Partei einzutreten; Stimmungen für eine neue Partei sind überall anzutreffen, insbesondere in der Jugend. Darüber wie die neue Partei aussehen soll, gehen die Meinungen weit auseinander. In diesem Chaos der Stimmungen und Meinungen in den zersplitterten, aber nicht liquidierten jungen SPD-Kadern besitzt eigentlich nur die Ultralinke ein klares Programm: die neue Arbeiterpartei soll antiparlamentarisch, antigerichtlich, auf Betriebsgruppen aufgebaut sein, entschieden »antimoskowskisch« und »antifrotzkistisch«. Es sind die ehemaligen Apostel der KAPD, die diese Strömung in den jungen SPD-Kreisen entwickeln.

Als eine zentralisierte Partei, mit einer Führung und einem Programm hat die SPD aufgehört zu bestehen. Die zerfallende, sich auflösende Partei verfolgt noch bis in ihre letzten Zuckungen der glühende Haß der revolutionären Arbeiter.

Die Einheitsfronttaktik, die wir jahrelang propagierten, ist heute in Deutschland in der alten Form, wie wir sie forderten, unmöglich geworden. Möglich und notwendig sind lokale Abkommen zwischen der KPD, die die einzige organisierte antifaschistische Kraft darstellt, und den Splittern der SPD. Die SPD als Partei hat aufgehört zu bestehen. Für immer? Das steht nicht in den Sternen geschrieben, das wird sich erst zeigen müssen, das hängt von verschiedenen Faktoren ab, deren entscheidendste die Politik der revolutionären Partei ist.

Frankreich

Radikalisierung und Streikwelle in Frankreich

Frankreich ist von der Krise nicht in einem solchen Maße betroffen, wie die anderen Großmächte, vor allem Amerika und Deutschland. Das ist nicht nur auf seine Siegerstellung zurückzuführen — die hat es ja mit Amerika, England und Italien gemeinsam — sondern in gewissem Sinn auf seine Rückständigkeit. Seine Industrie ist nicht in einem solchen Maße rationalisiert, sie spielt kein so ausschlaggebende Rolle wie in den großen Industriestaaten Amerika, England, Deutschland. Obgleich eine mächtige Finanzmacht, ist Frankreich nicht durch auswärtige Kapitalanlagen so gebunden, wie Amerika und England und die Zahlungsunfähigkeit der Kolonial- und Halbkolonialländer (Australien, Südamerika), hat Frankreich viel weniger getroffen als die mächtigen Kapital-exportländer England—Amerika. Ein reiches mächtiges und

außerordentlich günstig gelegenes Kolonialreich, vor allem in Nordafrika, gibt dem französischen Industrieexport einen neuen großen Markt.

All das wirkt auf Ausdehnung und Tiefe der Krise in Frankreich zurück und verhindert, daß sie einen so ungeheuren Umfang annimmt wie in den anderen Ländern. Aber die Krise ist nichtdestoweniger vorhanden. Sie zeigt sich in dem starken Rückgang der industriellen Produktion, Siebert auch das Zollsysteem der Landwirtschaft den Innenmarkt, so kann es doch nicht den Rückgang des Nahrungsmittelabsetzes — infolge sinkender Löhne, steigender Arbeitslosigkeit und Verschlechterung des allgemeinen Geschäftsganges verhindern.

Die Rückwirkungen der Krise auf den Staat sind dem Wesen nach dieselben, wie in allen anderen, von der Krise heftig betroffenen Ländern. Die Steuereingänge sinken, der Staat versucht auf Kosten der Angestellten zu sparen und belastet das arbeitende Volk mit immer neuen Steuern und Abgaben. Dazu kommen die steigenden Militärausgaben und die Subventionen für die Vasallstaaten der kleinen Entente, die nur durch solche Mittel der französischen Hegemonie erhalten bleiben.

Diese reaktionäre Politik der »Linksregierung« Dalsadier hat die Massen in tiefe Unruhe versetzt. Sowohl die Arbeiterklasse, als auch die kleinbürgerlichen Massen, insbesondere im Dorf, werden aktiviert und in Bewegung versetzt. Die Arbeiter und Angestellten wenden sich nach links, die Kleinbürgerrasse dagegen nach rechts. Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist auf der einen Seite der 20. Februar, auf der anderen Seite der deutsche Faschismus. Der 20. Februar war der große Streiktag der staatlichen Angestellten gegen die Gehaltskürzungen der Regierung. Dieser Kampf wirkte auf das ganze Land wie ein ungeheures Signal. Er leitete eine ganze Reihe von großen Arbeitskämpfen ein, die sich gegen Lohnherabsetzungen richteten. So der große Streik der Citroënarbeiter, dem jetzt der Massenstreik der Bauarbeiter in Elsaß-Lothringen gefolgt ist. Noch mitten im Bauarbeiterstreik entstand der große, erfolgreich geführte Streik der Binnenschiffer. Alle diese Arbeitskämpfe erfolgen spontan, geraten aber sehr stark unter den Einfluß der roten Gewerkschaften (CGTU), die zwar durch die Fehler der stalinistischen Bürokratie sehr geschwächt sind und daher die Streiks nicht auslösen oder vorbereiten, die aber doch die kampfwilligsten Arbeiter umfassen, so daß sie im spontanen Kampf sofort Einfluß gewinnen.

Auf der anderen Seite entwickelt sich die soziale Gärung der kleinbürgerlichen Massen immer stärker nach rechts. Der Streik der Geschäftleute im Juli, der sehr stark befolgt wurde und zu einer halbseitigen Schließung der Geschäfte zum Protest gegen die Steuerpolitik der »Linksregierung« führte, verstärkte den Einfluß der reaktionären Wirtschaftsorganisationen, die diese Bewegung führen. Politisch wird sie sehr stark durch die deutsche Entwicklung beeinflusst. Der friedliche französische Kleinbürger ist durch den rasenden deutschen Chauvinismus tief erschreckt. Er will sich durch eine starke Regierung sichern, die das Land mit eiserner Faust regiert und von der er sich Verminderung der Lasten und Verstärkung seiner nationalen Sicherheit verspricht. Der Druck dieser reaktionären Strömung wird in der französischen Sozialdemokratie deutlich sichtbar, deren rechter Flügel unter Renaudel, Marquet, Dest & Co. für eine solche Regierung der »Autorität und Ordnung« eintritt, für neue Militärausgaben und für den Abbau des Parlamentarismus.

So steht Frankreich, wenn auch weniger deutlich als Deutschland 1931—32 in einer sozialen und politischen Krisensituation; aber im Gegensatz zu Deutschland ist die Kampfkraft der Arbeiter, die in Deutschland in vierzehn Jahren blutiger demokratischer Reaktion geschwächt wurde, keineswegs gebrochen.

W. Bertram.

Was ist das?

Der erste Staatsakt der Dollfuß-Fey Regierung war ihr Bekenntnis gegen das Parlament und die Parteien.

Dann erschien die Notverordnung über die »Verhaftung sicherheitsgefährlicher Personen zum Aufenthalt in einem bestimmten Ort oder Gebiete. Demnach können »Personen, die im begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche oder sonstige, die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Begehung oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen, zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum Aufenthalt in einem bestimmten Orte oder Gebiete verhalten« werden. Bei Durchführung dieses Zwangsaufenthaltes werden die Bestimmungen über Arreststrafen angewendet. Damit ist der Artikel 6 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom Jahre 1867 und das verfassungsgemäße Recht der Freizügigkeit aufgehoben.

Dazu schreibt die »A-Z« vom 26. September:

»Bisher galt in Oesterreich der Grundsatz, daß jedermann nur dann eingesperrt, seiner persönlichen Freiheit beraubt werden kann, wenn er eine vom Gesetz als strafbar bezeichnete Handlung begangen hat. Die neue Verordnung hebt diesen Grundsatz auf. Sie trifft die Personen, die nicht etwa eine strafbare Handlung begangen haben, sondern nur im begründeten Verdacht stehen, daß sie »staatsfeindliche oder sonstige, die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorbereiten, ja sogar nur die Vorbereitung solcher Handlungen begünstigen.«

Man beachte: nach dem Strafgesetz ist zwar der Versuch strafbarer Handlungen gleichfalls strafbar, aber nicht die bloße Vorbereitung solcher Handlungen und natürlich erst recht nicht die Begünstigung solcher Vorbereitung. Das wird nun anders. Es kann die persönliche Freiheit solcher Personen aufgehoben

Saargebiet

Der proletarische Kampf um die freie Saar.

Im Jänner 1935 soll die Abstimmung im Saargebiet stattfinden, die über die staatliche Zugehörigkeit dieses Gebietes entscheiden wird. Die arbeitenden Massen des Saargebietes haben drei Möglichkeiten vor sich.

1. Für die Rückkehr nach Deutschland.
2. Für den Anschluß an Frankreich und
3. für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, das heißt für ein autonomes Saargebiet.

Der französische Imperialismus versucht unter der beachtlichen Maske demokratischer Freiheiten und wirtschaftlicher Vorteile das Saargebiet an sich zu reißen, um sich in den Besitz der wertvollen Rohstoffquellen des Saarbeckens zu setzen. Auf der anderen Seite ruft der deutsche Faschismus unter dem Deckmantel nationaler Phrasen die saarländischen Volksmassen auf, sich für Deutschland zu entscheiden. Die Sozialdemokratie tritt für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ein.

Welche Politik sollen revolutionäre Marxisten dem Saarproletariat empfehlen? Die KPD des Saargebietes veröffentlicht eine Resolution, in der sie alle drei Möglichkeiten verwirft und den Saarproletariern empfiehlt, »die roten Freiheitskämpfer von Saarbrücken bis Königsberg« anzupflanzen und für »das rote Saargebiet in einem sozialistischen Räte-Deutschland zu kämpfen. Bedeutet das, daß die Stalinisten in ihrer grenzenlosen politischen Verblendung für den Anschluß der Arbeiterbewegung im Saargebiet an die Konzentrationslager in Hitlerdeutschland eintreten, wie ihnen die Trotzlisten vorwerfen und sie gleichzeitig als Verräter brandmarken? Keineswegs! Aber die Stalinisten sind so fest davon überzeugt, daß das Hitlerregime den Winter 1933/34 nicht überleben wird, daß sie mit dieser Perspektive ihre Agitation für die Volksabstimmung 1935 betreiben.

Faktisch verwirrt diese Agitation die Arbeiter im Saargebiet, die eine konkrete Antwort auf die drei konkreten Möglichkeiten, die vor ihnen stehen, fordern. Die Stalinische Fraktion ist nicht gewöhnt, Massen zu führen, sondern zu kommandieren. Sie rechnet damit, daß sie im Jänner 1935 noch rechtzeitig die Massen wird »abkommandieren« können, wenn bis dahin Hitler doch noch herrschen sollte. Inzwischen aber treibt sie durch ihre Phrasen die Verwirrung im Saarproletariat immer weiter.

Wir Linken haben mit dieser Politik nichts gemein. Wir sagen den arbeitenden Massen des Saargebietes: »Solange Hitler in Deutschland herrscht, kann die Freiheit der Arbeiterbewegung an der Saar nur durch die Autonomie gewahrt werden. Die autonome Saar muß eine der wichtigsten Sammelzentren für die deutsche Revolution werden, ein Einfallort des revolutionären Proletariates in das Hitlerische Deutschland, ein Zentrum für die illegale Arbeit in Deutschland.

Was aus der Saar wird, wenn Deutschland sozialistisch ist, darum mag uns nicht bange sein. Wenn wir jetzt klar und eindeutig für die Autonomie kämpfen, wird uns jeder Arbeiter verstehen und nicht mit den bürgerlichen Separatisten verwechseln. Wenn die Lage in Deutschland unmittelbar vor der Volksabstimmung 1935 eine revolutionäre Wendung nimmt und wir den Kurs wechselnd, die Autonomie-Parole preisgeben zugunsten der Parole »Anschluß an die deutsche Revolution«, fürwahr, die Arbeiter an der Saar werden keiner Belehrung bedürfen, um diese Wendung, die in der Veränderung der Lage in Deutschland begründet wäre, zu verstehen und jubelnd zu begrüßen.

Die Saarpolitik der Komintern ist von neuem ein deutliches Zeichen der völligen politischen Entartung der herrschenden Richtung.

F. P.

werden, die nicht den Versuch einer strafbaren Handlung begangen, sondern nur verdächtig sind, Vorbereitungen zu einer strafbaren Handlung zu treffen oder gar nur solche Vorbereitungen zu begünstigen.

Noch mehr! Es muß sich nicht einmal um Vorbereitung strafbarer Handlungen handeln! Es genügt, daß es nach Ansicht des Sicherheitsdirektors oder des Polizeipräsidenten »staatsfeindliche oder sonstige, die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen« sind, auch wenn kein Gesetz sie als strafbar bezeichnet.«

Grax

Das nicht nach Grax Zuständigen wird der Mietzinsschau genommen.

In der letzten Zeit hat man den Arbeitslosen (durch Notverordnungen) vieles verschlechtert. Nun nicht genug, soll laut Beschluß des Stadtrates der Gemeinde Grax, den nicht Zuständigen, auch wenn sie noch in Grax wohnen und alle Monate die Gebäudesteuer leisten, der Mietzinsschuld genommen werden. Man hat die Auszahlung, die wie bisher bei der Finanzauszahlungsstelle stattfand, um Auseinandersetzungen zu vermeiden (wie vorsichtig!) ins Amtshaus verlegt. Durch Kundmachungen wurde der Stadtratsbeschluß bekannt gegeben. Auch die »rote« Gemeinde Grax sucht sich die Aermsten der Armen aus, um sich zu sanieren.

ABONNENTEN UND LESER!

Aus technischen Schwierigkeiten kann diese Nummer des »Mahnruf« nur zweiseitig erscheinen. Unsere Abonnenten werden ersucht, die Abonnements ehestens einzusenden. Jeder Groschen wird dringendst gebraucht.

Die Administration.

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryeckgasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Weltmir v. Schewen), Wien, II., Allherrenstraße 1. — Telefon R-46-4-26.